

Niederschrift

über die 004. (AOVG) 21-26 Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Verkehr und Gefahrenabwehr der Stadt Schortens

Sitzungstag: Mittwoch, 06.03.2024

Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens,
Weserstraße 1, 26419 Schortens

Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 18:24 Uhr

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzende/r
RM Hans Müller

Ausschussmitglieder
RM Heide Bastrop
RM Andreas Bruns
RM Ingbert Grimpe
RM Egon Onken
RM Stephan Schulze
RM Maximilian Striegl
RM Carsten Thomsen

stv. Ausschussmitglieder
RM Detlef Kasig

Vertretung für Herrn RM Medeni
Coskun

Grundmandat
RM Werner Conrad

Von der Verwaltung nehmen teil:
VA Heiko Klein
Erster Stadtrat Karsten Hage

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung

RM H. Müller eröffnet in seiner Funktion als Ausschussvorsitzender den öffentlichen Teil der Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorliegend festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 21.06.2023 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Sachstandsbericht zur Unterbringungssituation von Asylbewerber:innen und Geflüchteter in der Stadt Schortens **SV-Nr. 21//0827**

VA Klein weist einleitend daraufhin, dass Sozialarbeit und der Umgang mit verschiedenen Nationalitäten sowie deren individuellen Anliegen ein hohes Maß an Zeiteinsatz erfordern und informiert darüber, dass in wenigen Tagen eine weitere Mitarbeiterin diesen Bereich verstärken wird. So sei man in der Lage, sich der konzeptionellen Sozialarbeit zu widmen und die Zusammenarbeit mit dem Bürgerverein Middelsfähr-Roffhausen e.V. zu intensivieren.

Weiter erläutert VA Klein anhand einer Präsentation den aktuellen Sachstand der Unterbringungssituation von Asylbewerber:innen und Geflüchteter in der Stadt Schortens (siehe Anlage).

RM Kasig fragt nach der Anzahl insgesamt zur Verfügung stehender Plätze zur Unterbringung Geflüchteter.

VA Klein verweist hierzu auf die vorgetragenen Zahlen und erläutert ergänzend, dass, so auch erst vor wenigen Tagen, mitunter vormittags durch die LAB (Landesaufnahmebehörde) Personen angekündigt würden, die dann noch am Abend des gleichen Tages durch die Stadt Schortens unterzubringen sind. Es bedürfe daher einer gewissen Unterbringungsreserve, um so auf solche Situationen reagieren zu können.

RM Kasig erkundigt sich weiter, wo sich die bis dato aufgenommenen Geflüchteten derzeit aufhalten bzw. wo diese untergebracht wurden.

VA Klein weist darauf hin, dass Geflüchtete aus der Ukraine teilweise in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Einige Personen hätten den Landkreis Friesland aufgrund familiärer Verknüpfungen verlassen und seien in andere Regionen verzogen. Ein nicht unwesentlicher Teil der in der Stadt Schortens Aufgenommenen sei jedoch, nach einem Zwischenaufenthalt in einer der Gemeinschaftsunterkünfte, erfolgreich in von den Betroffenen selbst angemieteten Wohnraum vermittelt worden. Auf Nachfrage des RM Kasig stellt VA Klein die unverändert angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt dar, die entsprechend längere Aufenthalte in den vorgenannten Unterkünften zur Folge habe. Ergänzend gibt er an, dass die meisten aufzunehmenden Menschen derzeit ukrainischer, kolumbianischer, türkischer und syrischer Nationalität seien.

Auf weitere Nachfrage zur Situation auf dem Immobilienmarkt schildert VA Klein, dass sich die Lage, auch durch die zu beachtenden Höchstgrenzen, bei einem etwaigen Anspruch auf Sozialleistungen ausdrücklich nicht verbessert habe.

Zur Frage der Notwendigkeit, die Bürgerbegegnungsstätte auch zukünftig zur Unterbringung vorzuhalten, verweist VA Klein auf die bereits dargestellte Ausgangslage. Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund (NSGB) prognostiziere in seinem Rundschreiben vom Februar Aufnahmequoten auf dem Niveau des Vorjahres, sodass Vieles dafür spräche, diese Unterbringungsmöglichkeiten auch weiterhin vorzuhalten, um handlungsfähig zu bleiben.

6. Antrag der Mehrheitsgruppe im Stadtrat Schortens vom 19.02.2024 - Beendigung der Unterbringung von Geflüchteten in der Bürgerbegegnungsstätte Roffhausen **AN-Nr: 21/0114**

RM Striegl verweist auf den bereits bekannten Inhalt des Antrages der Mehrheitsgruppe und ergänzt, dass die Vereine darunter leiden, ihre Vereinsaktivitäten in andere Räume verlegen zu müssen und hier viel abverlangt werde. Die Mehrheitsgruppe suche derzeit nach Alternativen. Der Bürgerverein hätte bereits Ideen zur gemeinsamen Nutzung der Bürgerbegegnungsstätte.

RM Kasig erklärt, den Antrag der Mehrheitsgruppe grundsätzlich unterstützen zu wollen, möchte diesen aber um den Hinweis erweitert wissen, dass auch die von

der derzeitigen Nutzung der Bürgerbegegnungsstätte betroffenen Vereine bei den weiteren Gesprächen zu beteiligen seien.

RM Striegl erklärt, sich dem Vorschlag anschließen zu können. Nach weiterem Austausch unter den Ausschussmitgliedern wird einstimmig folgender Beschluss gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Politik und den betroffenen Vereinen alternative Möglichkeiten zu ermitteln und zu konzipieren, um die Bürgerbegegnungsstätte wieder für die Bürger:innen und Vereine nutzbar zu machen.

7. 4. Quartalsbericht 2023 - FB 3 Ordnung & Soziales - Teilhaushalt 20
SV-Nr. 21//0826

VA Klein stellt den 4. Quartalsbericht vor und geht dabei anhand einer Präsentation (siehe Anlage) auf die wesentlichen Positionen sowie deren Entwicklung im Laufe des Haushaltsjahres ein. Er berichtet in diesem Zusammenhang über das im Ergebnis erfüllte Haushaltsziel und die in diesem Zuge getroffenen Entscheidungen, insbesondere den herbeigeführten Beschluss über die Beschaffung des Feuerwehrfahrzeuges LF KatS NDS im Rahmen einer landesweiten Beschaffung über das Logistikzentrum Niedersachsen (LZN).

Die Frage des RM Kasig, ob derzeit zwei Kräfte im Bereich des Außendienstes tätig seien, verneint VA Klein. Für Kontrollgänge stünde der Stadtverwaltung lediglich eine Vollzeitkraft zur Verfügung.

8. Antrag des Ratsmitgliedes Christian Berner vom 06.12.2023:
Verkehrliche Situation an der Kita Oestringfelde **AN-Nr: 21/0104**

VA Klein stellt anhand einer Präsentation zunächst die verkehrliche Situation, den bisherigen Beratungsverlauf zu diesem Thema sowie die in der Vergangenheit bereits getroffenen Maßnahmen ausführlich dar. Man habe diesen konkreten Fall zum Anlass genommen, sämtliche Bildungsstandorte erneut kritisch zu beleuchten. Zudem habe man sich

hierzu mit der Polizeiinspektion Wilhelmshaven/Friesland abgestimmt und von dort um eine fachliche Einschätzung gebeten. Nach der sodann verlesenen Stellungnahme (siehe anliegende Präsentation) gäbe es an allen Standorten kein relevantes Unfallgeschehen. Die Beschilderung habe sich bewährt, sodass es, bis auf die Anregung, die Position eines Verkehrszeichens im Klosterweg zu prüfen, kein erkennbares Verbesserungspotential gäbe. Zu der von Seiten der Polizei gegebenen Anregung ergänzt VA Klein, dass die Prüfung bereits erfolgt sei und die betreffenden Schilder (Z 136-10 „Kinder“ - Z 274-30 „Zulässige Höchstgeschwindigkeit 30 km/h – Z 1042-33 „zeitliche Beschränkung“) entsprechend versetzt wurden.

Weiter berichtet VA Klein über einen vor wenigen Tagen erfolgten Austausch zwischen Beteiligten des Landkreises Friesland, dem Fachbereich Bauen der Stadt Schortens und der Elternvertretung im Bereich Oestringfelde. Hier habe man sich darauf verständigt, dass der Baubetriebshof der Stadt Schortens die Parkflächenmarkierungen vor Ort erneuern und optimieren werde. Darüber hinaus hätte der Landkreis grundsätzliche Bereitschaft erklärt, eine Anmietung von Parkflächen auf dem Gelände der benachbarten Firma Kolschen in Erwägung zu ziehen, wenn sich die Situation nicht auf anderem Weg nachhaltig verbessern ließe.

VA Klein appelliert in diesem Kontext an die anwesenden Eltern, auch das eigene Verhalten im Straßenverkehr kritisch zu hinterfragen, zumal hiervon vor allem auch die eigenen Kinder profitierten. Diesem konstruktiven Ansatz würde er gegenüber dem etwaigen Ruf nach mehr behördlichen Kontrollen den Vorrang einräumen wollen.

VA Klein schildert, beim Landkreis auch zukünftig Geschwindigkeitskontrollen im Bereich des Klosterweges angeregt zu haben. Allerdings hätten hier auch eigene wiederholte Erhebungen in der Vergangenheit keine signifikanten und/oder systematischen Verstöße dokumentiert, die ein über den aktuellen Status quo hinausgehenden Handlungsbedarf rechtfertigen.

Eine Bürgerin, Frau Dietrich, meldet sich als Elternvertreterin des evangelischen Kindergartens „Abenteuerland“ zu Wort und betont, dass sich eine nachhaltige Verbesserung der Situation vor Ort insbesondere durch ein gemeinsames Handeln realisieren ließe. Aus ihrer Sicht sei man hier auf einem „guten Weg“. Dabei sollten sich auch die Eltern und Kinder motiviert fühlen, öfter mal das Auto stehen zu lassen.

Im weiteren Verlauf geht VA Klein mithilfe entsprechenden Kartenmaterials (siehe anliegende Präsentation) näher auf die Verkehrssituation an den Standorten in der Plaggestraße sowie der

Tilsiter Straße ein. Auch dort habe es in letzter Zeit keinerlei Unfälle gegeben. Beide Standorte seien in den letzten Jahren wiederkehrend, insbesondere im hiesigen Fachausschuss, betrachtet worden.

RM Striegl verweist in diesem Zusammenhang auf seine vor wenigen Tagen an die Verwaltung gerichtete Anfrage zur Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei. VA Klein fasst hierzu die wesentlichen Aspekte der Anfrage und der dazu gegebenen Antwort zusammen. Danach bestehe die vor einigen Jahren ins Leben gerufene Partnerschaft nach wie vor. Allerdings habe sich ein fester Turnus für gemeinsame Streifen bzw. Kontrollen wegen der teilweise unterschiedlichen Zuständigkeiten als ineffektiv erwiesen. Vielmehr arbeite man seit einiger Zeit themenbezogen, so auch hier zur Verkehrssituation vor Kindertagesstätten und Schulen, und entsprechend zeilgerichtet zusammen.

9. Anfragen und Anregungen:

Es gibt keine Wortmeldungen.

10. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Wortmeldungen.